

Anmerkungen zur
politischen Terminologie
im Nachkriegsdeutschland

Faschismus und Antifaschismus als Kampfbegriffe

Wolfgang Bergsdorf

Faschismus und Antifaschismus waren die wichtigsten Kampfbegriffe für die politische Auseinandersetzung im geteilten Deutschland. Es gab und gibt verschiedenste politisch motivierte Anstrengungen, den Faschismusbegriff als Angriffs- waffe gegenüber der politischen Konkurrenz zu benutzen und mit Hilfe des Antifaschismus-Begriffes eine Selbststilisierung zum nachträglichen Widerstand und ein möglichst breites aktives Bündnis zur Bekämpfung von politischen Gegnern zu erreichen, die man als „faschistisch“ brandmarkt. Das ist auch das Thema eines von Manfred Agethen, Eckhard Jesse und Ehrhard Neubert bei Herder herausgegebenen Sammelbandes, der unter dem Titel *Der missbrauchte Antifaschismus* bemerkenswerte Analysen zur „DDR-Staatsdoktrin und zur Lebenslüge der deutschen Linken“ enthält.

Von wissenschaftlichen Gesichtspunkten her war diese Verwendungsweise der Faschismus-Vokabel und ihres Gegenstücks, des Antifaschismus, stets außerordentlich fragwürdig. Deshalb haben Forscher wie Karl Dietrich Bracher, Henry A. Turner und Klaus Hildebrand immer heftige Kritik an dieser Begriffspragmatik geübt und wollten die Bezeichnung Faschismus allenfalls für das Regime Benito Mussolinis in Italien reserviert wissen. Karl Dietrich Bracher geht noch einen Schritt weiter. Er sagt, das fortwährende Gerede vom „deutschen Faschismus“ verzeichnet, ja bagatellisiert die radikale Eigenständigkeit von Hitlers Nationalsozialismus, seines genuin deutschen

Volkssozialismus und Rassismus. In der Tat kommt es einer Verharmlosung des Nationalsozialismus gleich, wenn die Unterschiede zwischen ihm und dem italienischen Faschismus in einem allgemeinen Faschismus-Begriff aufgelöst werden. Faschismus und Nationalsozialismus unterscheiden sich von Anfang an in ihrer Ideologie, in ihrer Entstehung und in ihrer Zielsetzung einschließlich der Rechtfertigung künftiger Staatsverbrechen. Der Faschismus orientierte sich an der von Mussolini aufgewärmten Idee des römischen Imperialismus. Der italienische Diktator forderte den *stato totalitario*, erreichte ihn jedoch nie und musste seine Macht mit Monarchie und Militärs teilen. Der Nationalsozialismus als strikt rassistisch begründeter Nationalimperialismus strebte über den traditionellen Staat weit hinaus auf eine totalitäre Welt- herrschaft zu.

Gründungsaufgruf der KPD

Am Anfang der politischen Terminologie im besiegten Nachkriegsdeutschland, mit den Gründungsaufgrufen der Parteien in deutschen Besatzungszonen, beginnt auch der politische Missbrauch des Antifaschismus-Begriffes. Die KPD war die erste Partei, deren Zentralkomitee sich – dank der sowjetischen Besatzungsmacht – schon am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf an das deutsche Volk wenden konnte. Dem „Antifaschismus“-Begriff kommt in diesem Aufruf eine besondere Funktion zu, die bis zum Untergang der DDR von der SED fortgeführt wurde. Er dient dem

Aufruf als Grundlage seiner Forderung nach der „festen Einheit der antifaschistisch-demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte“, um die Entwicklung eines „demokratischen Regimes“ zu ermöglichen. Antifaschistisch wird dabei mit „demokratisch“, „fortschrittlich“ und „friedliebend“ gleichgesetzt.

Terminus zur Gegnercharakteristik

Der Antifaschismus ist der Boden der Volksfrontpolitik. Weil die kommunistische Programmatik nicht ausreichte, um sich bei der Bevölkerung eine breitere Resonanz zu verschaffen, vereinigten sich, wie das *Kleine Politische Wörterbuch* zwanzig Jahre später schrieb, „nun die Kommunisten, die programatisch, politisch und organisatorisch die führende Kraft waren, Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter, Bauern, Intellektuelle, Christen verschiedener Konfessionen, Offiziere und bürgerliche Kräfte“.

Die kommunistische Entscheidung für den „Antifaschismus“-Begriff als terminologisches Markenzeichen der Einheitsstrategie ergab sich nahezu zwangsläufig aus der zentralen Stellung, die der „Faschismus“-Begriff in der kommunistischen Theorie seit mehr als zwei Jahrzehnten innehatte. Bereits 1924 hatten die Kommunisten auf ihrem 5. Weltkongress den „Faschismus“ als die „klassische Form der Konterrevolution in der Verfallsepoke der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ definiert und so die Grundlage dafür geschaffen, im Bedarfsfalle jede nicht revolutionäre, nicht marxistische Politik als „faschistisch“ zu brandmarken. „Faschismus“ wurde so ein beliebig verwendbarer Terminus zur Gegner-Charakteristik, der bereits 1928 von den Kommunisten in der amalgamierenden Formel von „Sozialfaschismus“ erstmalig auch der Sozialdemokratie entgegengehalten wurde.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt nahm die Verwendung des „Fa-

schismus“-Begriffes für den deutschen Nationalsozialismus vorübergehend zurück. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion verlieh ihm dann wieder eine zusätzliche Negativ-Ausstrahlung, die die Kommunisten bereits vor Kriegsende, vor allem aber seit 1945 dazu benutzten, um dem „Antifaschismus“-Begriff eine positive Ausstrahlung abzugewinnen. Dabei ließen sie die promarxistische Komponente des „Antifaschismus“-Begriffes weitgehend unexpliziert, um die durch Krieg und Holocaust nahezu weltweite Diskreditierung des deutschen Nationalsozialismus möglichst umfassend für die kommunistische Sympathiewerbung nutzen zu können.

Die kommunistische Propaganda versprach sich von der Ausweitung des Begriffspaares „Faschismus“ und „Antifaschismus“ als Feindbild- und Selbstkennzeichnung eine anästhesierende Wirkung, mit der einerseits die unterschiedlichen Grundhaltungen der neuen und neu gegründeten Parteien auf einen Generalnenner gebracht werden sollten, der inhaltlich von ihr „besetzt“ worden war. Andererseits konnte mit dem „Antifaschismus“-Begriff der Versuch unternommen werden, die strukturellen und materiellen Gemeinsamkeiten nationalsozialistischer und kommunistischer Politik auszublenden, wie sie im Begriff des „Totalitarismus“ festgemacht werden.

Einheitsstrategie

„Antifaschismus“ als programmatische Basis, „Einheit des schaffenden Volkes“ als organisatorisches Ziel werden als Prioritäten der KPD in ihrem Gründungsauftrag erkennbar. Zunächst ist der Verzicht auf den größten Teil der traditionellen Terminologie des Kommunismus nur vor dem Hintergrund der Einheitsstrategie erklärbar. Begriffe wie „Klasse“ und „Klassenkampf“, „Revolution“, „Diktatur des Proletariats“ bleiben außerhalb des KPD-Aufrufs. Auch „Kommunis-

mus“ kommt ausschließlich als Selbstbezeichnung (wir „Kommunisten“, die „KPD“), nicht als Programm vor, auch das „Sowjetsystem“ wird als gegenwärtig nicht übertragbar bezeichnet. Die KPD nimmt nicht einmal Zuflucht zum Begriff des „Sozialismus“. Auch er erscheint an keiner Stelle des Aufrufes.

In diesem Aufruf der KPD ist die zentrale politische Leitidee enthalten, aus der heraus die Kommunisten in Deutschland ihren Machtanspruch begründeten, und gleichzeitig verborgen. Der antifaschistische Block der Parteien und Massenorganisationen unter der Führung der SED wurde so propagandistisch antizipiert. Strategie und Propaganda des Antifaschismus wurden bis zur Implosion des Systems 1989/90 beibehalten und überlebten alle politischen Kursveränderungen und Periodisierungsversuche der Geschichte der DDR. Vor allem dienten die terminologischen Diokuren Faschismus und Antifaschismus mit der Vertiefung der Spaltung Deutschlands dazu, jene Kräfte als Faschisten zu bezeichnen, denen die Verantwortung für die Spaltung Deutschlands zugewiesen wurde: den politischen Parteien in Westdeutschland und dort vor allem den Unionsparteien.

Aufrufe der anderen Parteien

Es ist übrigens bemerkenswert, dass der Wiederbegründungsauftrag der SPD viel deutlicher an die traditionelle Terminologie des Marxismus anknüpft und unbefangen von Arbeiterklasse spricht, einen umfangreichen Verstaatlichungskatalog enthält und eine erhebliche Verschärfung des Erbrechtes fordert. Er macht auch von der Faschismus-Vokabel Gebrauch, allerdings benutzt er dieses Wort nicht, um alle politischen Konkurrenten damit zu entlegitimieren, sondern es wird deutlich auf den Nationalsozialismus bezogen, dessen fortwirkende Reste beseitigt werden müssten. Faschismus war für die SPD

anders als für die KPD kein zentrales Freund-Feind-Schema, sondern wurde als Chiffre genutzt für die Aufgabe, Lehren aus der jüngsten deutschen Geschichte zu ziehen. Dem entspricht, dass die SPD keinerlei Zweifel an ihrem parlamentarischen Demokratieverständnis ließ und so in nuce eine antitotalitäre Komponente präsentierte, die die Schumachersche SPD programmatisch ausbaute. In den Gründungsaufgrufen von CDU, CSU und FDP spielte der Antifaschismus-Begriff keine strategische oder taktische Rolle. Lediglich im Gründungsauftrag der FDP/LDPD heißt es – bewusst marginal – „Wer sich zum Antifaschismus bekennt, ist willkommen“. Er wird hier als Leerformel benutzt, um zu beschwichtigen.

Gleichwohl lässt sich die These formulieren, dass der Begriff Antifaschismus kennzeichnend für die erste Phase der politischen Terminologie im Nachkriegsdeutschland war.

Leitwörter aus dem Chaos

1. Die antifaschistische Terminologie des Jahres 1945 war die erste Phase auch der terminologischen Entwicklung der Bundesrepublik. Nach nationalistischer Diktatur und Krieg bemühten sich die wieder gegründeten und sich neu begründenden Parteien um ein hohes Maß an Gemeinsamkeit. Sie erinnerten an den Konsensmangel der demokratischen Parteien der Weimarer Republik und bewerteten ihn als eine Voraussetzung ihrer Zerstörung. Demonstrativ wurde die „Einheit“ der demokratischen Parteien beschworen. Vor allem die Kommunisten benutzten diese Parole, damit sie ihre inhaltliche Vorstellung verhüllen konnten. Die von den Besatzungsmächten vorgegebenen Schlüsselwörter „Antifaschismus“ und „Demokratie“ brachten auch die politischen Wünsche der Deutschen auf einen Nenner und dienten den Parteien als Leitwörter, um gemeinsam zu

begehende Wege aus dem von Hitler hinterlassenen Chaos aufzuzeigen.

Der um diese Begriffe zentrierte Konsens der antifaschistischen Terminologie brach jedoch bald zusammen. Hinter ihm verbargen sich prinzipielle Unterschiede in den Vorstellungen der Parteien über die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Je angestrengter sich die kommunistische Partei darum bemühte, terminologisch ihre Ziele zu verhüllen, umso deutlicher wurden sie in der konkreten Politik der KPD erkennbar. Vor allem die Zwangvereinigung von SPD und KPD zur SED setzte eine semantische Entwicklung in Gang, die die Vereinbarkeit des „Demokratie“- und „Politik“-Verständnisses der SED mit dem der anderen Parteien immer deutlicher konturierte. Mit der Entstehung des „Kalten Krieges“, mit der Vertiefung der Teilung Deutschlands brach der formale Konsens der antifaschistischen Terminologie zusammen, er wurde ersetzt durch einen wachsenden Konsens einer antitotalitären Terminologie der Parteien in den westlichen Besatzungszonen, die sich scharf absetzte von der neuen totalitären Terminologie in der Ostzone.

Antitotalitäre Terminologie im Westen

2. Die antitotalitäre Terminologie in der westlichen Zone gewann ihre Kraft aus der Dichotomie von „Freiheit“ und „Totalitarismus“, die sich als ein wirksamer Faktor zur Relativierung parteipolitischer Unterschiede in den Vorstellungen über die politische Ordnung erwies. Dem auf das „Volk“ bezogenen „Freiheits“-Verständnis des Ostens wurde ein primär personal verstandener „Freiheits“-Begriff im Westen entgegengestellt. Ihre Kraft gewann diese Dichotomie aus den Erfahrungen der Deutschen mit dem totalitären NS-Regime ebenso wie aus der sich zunehmend verfestigenden Erkenntnis des totalitären Charakters auch der sowjeti-

schen Politik, welcher im anderen Teil Deutschlands offen gelegt wurde.

Die antitotalitäre Stoßrichtung der politischen Terminologie der westlichen Parteien erlaubte es diesen, einen tendenziellen Konsens über jene politische Begriffe aufzubauen, die einer parlamentarisch-demokratischen Verfassung zugrunde gelegt werden konnten. In den Verfassungsberatungen 1948/49 erzielten die demokratischen Parteien der westlichen Besatzungszonen über die Verfassung tragende Terminologie Übereinstimmung, indem sie schließlich auf den Versuch verzichteten, ihre unterschiedlichen Vorstellungen für die gesellschaftliche Ordnung in der Verfassung zu verankern. Der antitotalitäre Grundkonsens wirkte in der politischen Terminologie vor 1949 als machtvoller Faktor einer Einebnung der Differenzen und Gegensätze in den Vorstellungen der Parteien für die politische Ordnung.

Sprache der Integration

3. Konrad Adenauer baute den antitotalitären Konsens aus mit einer Terminologie der Integration. Er hatte sein Politik-Konzept auf dem für ihn weltanschaulich unüberbrückbaren Antagonismus von personaler „Freiheit“ und „Totalitarismus“ aufgebaut und sicherte es ab durch die Entfaltung einer freiheitlichen Terminologie. Innenpolitisch schuf sie mit dem Rückgriff vor allem auf die Begriffsfelder „Partnerschaft“ und „Ausgleich“ neue Schlüsselwörter, die darauf abzielten, die sozialen Gegensätze abzubauen.

In der Außenpolitik dienten „Freiheit“ und „Sicherheit“ dazu, traditionelle Gegensätze zu versöhnen und als alles andere relativierende Gemeinsamkeit des Westens die Idee der „Freiheit“ hervorzuheben.

Nach der Selbstdenunziation des Nationalismus im NS-Regime bot die „europäische Integration“ der Terminologie Adenauers die Möglichkeit, die transna-

tionalen Elemente seiner außenpolitischen Konzeption zu verdeutlichen und so die Hoffnungen der Deutschen wie der Europäer auf neue Ziele zu lenken. Die positiven Schlüsselwörter seiner integrativen Terminologie gewannen semantische Konturen durch negativ aufgeladene Begriffe, mit denen der Totalitarismus jeder Prägung unmissverständlich abgewertet werden sollte.

Wandel der SPD

Die mit marxistischen Anleihen und neutralistischen Elementen zunächst stark angereicherte Terminologie der SPD verlor mit den wachsenden innen- und außenpolitischen Erfolgen der Regierungspolitik zunehmend ihre kontrastierende Wirkung und geriet in Isolation. Daraus zog die SPD die Schlussfolgerung, die marxistischen Elemente ihrer Terminologie schrittweise abzubauen. Ab Mitte der fünfziger Jahre begann sie, die innenpolitische Terminologie der Regierung und damit auch ihre integrierende Intention weitgehend zu übernehmen.

Ebenso erlebte die außenpolitische Terminologie der SPD in der Adenauer-Ära einen bedeutsamen Wandel. Die sowjetische Deutschlandpolitik manövrierte die im Zentrum der SPD-Außenpolitik stehende nationale Frage in die Zange der Dichotomie „Freiheit“ und „Totalitarismus“ und zwang die SPD, neutralistische und pazifistische Elemente ihrer Terminologie zu eliminieren, um schließlich die Adenauersche Hierarchie der Ziele „Freiheit“, Frieden, Einheit“ zu übernehmen. Die SPD stellte sich damit auf den Boden der Integrationspolitik Adenauers und übernahm damit auch deren Terminologie. Sie rei-

chte sie allerdings deutlicher und häufiger als die CDU gegenüber dem Osten mit den Begriffen aus den Feldern „Entspannung, Normalisierung und Abrüstung“ an und setzte so einen Akzent, mit dem sie sich von der CDU unterscheiden konnte.

Nachhaltige Prägung

Es kann hier nicht die Aufgabe geleistet werden, die Entfaltung der politischen Terminologie im geteilten Deutschland bis hin zur Wiedervereinigung auch nur in groben Zügen nachzuzeichnen. Es soll aber darauf hingewiesen werden, dass der antifaschistische Konsens der allerersten Nachkriegszeit durchaus fortwirkte und auch die sprachlich-politische Auseinandersetzung zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig prägte.

Die Propaganda-Maschinerie der DDR wurde bis zu ihrem Kollaps nicht müde, den westlichen Teil Deutschlands als faschistisch zu bezeichnen und die DDR kohärent in den Lichtglanz des Antifaschismus zu tauchen. Und als Konsequenz aus dieser Frontstellung haben alle Gruppierungen und Grüppchen in der Bundesrepublik Deutschland, die der DDR in Empathie und /oder in Alimentationsbeziehungen verbunden waren, sich dieses Eigenlobes und Gegner-Schmäh-Schematismus bedient, um den faschistischen Charakter der zweiten deutschen Demokratie zu entlarven. Allein in die Kasse der DKP flossen im Laufe der Zeit mehrere Milliarden D-Mark direkt aus SED-Quellen, um den Faschismus-Vorwurf der SED gegenüber der Bundesrepublik Deutschland unter die Leute zu bringen.